



## MITTEN IM GASKRIEG?

*Frühaufstehern mag am 18. März 2008 ein gehöriger Schreck in die Glieder gefahren sein. Der ORF-Teletext vermeldete eine Nachricht des slowakischen Rundfunks, wonach die Erdgaspipeline zwischen Russland und Europa in der Nähe der ostslowakischen Kleinstadt Slanec explodiert sei.*



Hans Kronberger  
www.kronberger.net

**A**uf vierzig Meter Länge soll die Schlagader der europäischen Gasversorgung in die Luft geflogen sein. Der Großbrand werde von der Feuerwehr bekämpft, hieß es. Was in der Nacht vom Dienstag, den 18. März, in der Ostslowakei tatsächlich geschah, wäre nur vor Ort überprüfbar. Der ORF hat die Meldung nach 24 Stunden kommentarlos gelöscht.

Tatsächlich hat der Vorfall eher symbolische Bedeutung. Der Gaskrieg, nur so kann man die Auseinandersetzung der europäischen Gasnutzer mit ihren Versorgern halbwegs korrekt definieren, spielt sich auf einer anderen Ebene ab. Der mechanische Zugriff auf das Leitungssystem, ob durch Drosselung über Sperrvorrichtungen, wie es die Ukrainer immer wieder androhen, oder durch terroristische Aktivitäten, ist nicht das echte Problem.

Das Problem liegt tiefer. Erdgas ist ein Mittel, mit dem politische Ansprüche postuliert werden. Der Handel mit Energie ist viel mehr als ein kaufmännisches Geschäft, es ist ein politisches. Und Politik will immer mehr als nur Ware gegen Geld. So gesehen ist die Handelsware Erdgas ein enorm unterschätztes politisches Mittel oder, wie es ein ARD-Kommentator anlässlich der Erdgaskrise am 1. Jänner 2006 ausdrückte, eine Waffe, die wirksamer ist, als alle Raketenarsenale Russlands zusammen. Wladimir Putin macht nichts anderes, als jeder andere Politiker an seiner Stelle auch machen würde: Er nutzt seine Chance. Moralische Bewertung ist unangebracht.

Das einseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem energiehungrigen Europa und dem energiegeladenen Russland verschiebt sich dramatisch zugunsten des Lieferanten. Durch den hohen Gaspreis fließen enorme Summen für Energiezukauf Richtung Osten. Äußerst restriktiv behandelt Russland den Wunsch nach Beteiligung an seinen Förderstätten, fordert aber umgekehrt Zugang zu den Endverbrauchermärkten in der EU. Erkennen die EU-Politiker das Problem? Und wenn ja, verfügen sie über eine Strategie, um zumindest Waffengleichheit zu gewährleisten? Nein. Die europäische Energiepolitik ist getragen von

der Illusion, dass der Absatzmarkt Europa für Russland eine absolute Größe und Russland auf die Deviseneinnahmen aus dem Gasverkauf angewiesen sei. Russland hingegen hat in den vergangenen Jahren alle Schulden, auch jene aus der Zeit der Sowjetunion, beglichen und verfügt über gigantische Währungsreserven.

Es hat den Rubel frei konvertierbar gemacht und ihn sogar als Ersatzwährung für den kränkelnden Dollar angeboten. Für den unter der Rädelführerschaft Österreichs stehenden Versuch, der einseitigen Abhängigkeit von russischem Erdgas durch eine Pipeline zu entgehen, die sich südlich vom Kaspischen Meer an Russland vorbeischnellen und Erdgas aus Zentralasien und dem Iran herbeischaffen soll, hat Putin nur Spott übrig und meint: Gebaut kann die Pipeline schon werden, aber ob auch Gas darin fließen wird? Bereits zuvor hatte Putin erklärt, dass er an die Gründung einer Erdgas-OPEC denke, die kontrollierte Verteilungsmechanismen und entsprechende Preise garantiert; selbstverständlich im Sinne der Lieferländer.

Die geplante Erdgas-OPEC ist mit der Öl-OPEC, die ihre besten Jahre mehr als hinter sich hat, nicht vergleichbar. Den entscheidenden historischen Fehler, der zur Bedeutungslosigkeit der Öl-OPEC geführt hat, nämlich die Wertschöpfung aus Ölschwemme statt aus Ölverknappung zu beziehen, wird die Gas-OPEC mit Sicherheit nicht begehen.

Die Pipeline Nabucco ist unter diesen Aspekten zu sehen. Russland empfindet das Ansinnen einer an seinem Staatsgebiet vorbeiführenden Gasleitung als Majestätsbeleidigung. Die Risikoabwägung ist schwierig. Erstens wollen sowohl Russland und China ihrerseits den Zugriff auf das mittelasiatische Erdgas. Zweitens bedarf die Zuleitung von iranischem Gas quasi amerikanischer Zustimmung, und drittens führt die Leitung in der Türkei durch unsicheres Kurdengebiet. Aber auch in Russland selbst gibt es riskante Unwägbarkeiten. Die Förderanlagen sind veraltet, eine Fördersteigerung nur schwer möglich und der hohe Exportanteil gefährdet die Inlandsversorgung.